

Der Vollzugsdienst

4-5/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Treffen der Tarifvertreter:
Nach dem Tarifabschluss ist vor
dem Tarifabschluss**

Vorbereitung des BSBD für die
kommenden Tarifverhandlungen

Seite 2

**Anwärter*innen des mittleren
Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen nicht verarmen**

Ein Anwärtersonderzuschlag wie
beim AVD könnte helfen

Seite 39

**Inflation und Kostensteigerungen:
Wohlstandsverluste sind wohl
unvermeidlich**

Die aktuellen Krisen werden uns noch
länger beschäftigen

Seite 49

Exorbitant gestiegene Energiekosten bedrohen den Industriestandort Deutschland

Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug, ebenso wie viele Pensionäre, sorgen sich angesichts der andauernden Preissteigerungen in allen Lebensbereichen um ihre finanzielle Zukunft.

Foto: Leonid/
stock.adobe.com



INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Vorwort des BSBD-Bundesvorsitzenden René Müller
- 2 Nach dem Tarifabschluss ist vor dem Tarifabschluss
- 4 Neue Studie zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Deutschland
- 5 Treffen der BSBD-Jugend Bund in Fulda
- 6 Bundessenioresprecher tagten in Lahnstein
- 8 Elke Wiesbauer zur neuen Vorsitzenden der BSBD AG Frauen gewählt
- 9 Sicherheit im bundesdeutschen Justizvollzug

LANDESVERBÄNDE

- 10 Baden-Württemberg
- 21 Bayern
- 24 Berlin
- 28 Brandenburg
- 31 Hamburg
- 36 Hessen
- 43 Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 68 Sachsen
- 71 Sachsen-Anhalt
- 74 Schleswig-Holstein
- 78 Thüringen
- 76 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS
Ausgabe 6: 15. November 2022



ERSCHEINUNGSTERMIN
Ausgabe 6: 13. Dezember 2022



Senat bringt Besoldungsanpassung zum 1. Dezember 2022 auf den Weg

Neben der Besoldung hat der Senat auch weitere beamtenrechtliche Regelungen angepasst

Der Senat hat in seiner Sitzung am 6. September 2022 die Besoldungserhöhung zum 1. Dezember 2022 beschlossen. Nunmehr muss noch das Parlament zustimmen, wovon der BSBD Berlin ohne zusätzliche Verzögerung ausgeht.

In der Pressemitteilung des Senats heißt es dazu: Die Besoldungs- und Versorgungsbezüge der beamteten Dienstkräfte, Richterinnen und Richter sowie der versorgungsberechtigten Personen des Landes Berlin werden zum 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent erhöht. Damit wird das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder vom 29. November 2021 systemgerecht auf die beamteten Dienstkräfte sowie die versorgungsberechtigten Personen übertragen.

Die Ausbildungsentgelte sowie die Tarifentgelte der Praktikantinnen und Praktikanten erhöhen sich zum 1. Dezember 2022 um einen Festbetrag in Höhe von 50 Euro.

Der Senat hat einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung an diesem Dienstag auf Vorlage von Finanzsenator **Daniel Wesener** zur Kenntnis genommen. Dieser Gesetzentwurf wird nun dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet und anschließend im Senat beschlossen.

Auch weitere Entgeltbestandteile wie die Zuschläge für den Dienst an Sonn- und Feiertagen und die Vergütung für Mehrarbeit werden erhöht. Mit dem Gesetz schafft der Senat zudem eine vereinfachte Möglichkeit, Personal mit

einer Gewinnungs- bzw. Bindungsprämie zu gewinnen und zu halten. Die bisherige Regelung für entsprechende Sonderzuschläge wurde neu gefasst und erweitert.

Damit verfügt das Land Berlin – insbesondere in Anbetracht der Konkurrenz durch den Bund – über eine finanziell attraktive Möglichkeit, beamtete Dienstkräfte sowie Richterinnen und Richter mit Hilfe einer Prämienzahlung zu halten sowie fachlich qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Für den Landeshaushalt ergeben sich aus der Anpassung der Besoldung für das Jahr 2023 Mehrkosten von rund 150 Millionen Euro. Diese wurden bei der Aufstellung des Haushalts bereits berücksichtigt.

Weitere beamtenrechtliche Regelungen angepasst

Neben der Besoldung hat der Senat auch weitere beamtenrechtliche Regelungen angepasst, so zum Beispiel die Verpflichtung, innerdeutsche Dienstreisen mit der Bahn vorzunehmen.

Der **BSBD Berlin** bedauert aber weiterhin, dass die Entscheidung über die verfassungsgemäße Besoldung durch das Bundesverfassungsgericht bisher nicht entsprochen wurde.

Gleichzeitig kritisiert der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, den Senat für seine Haltung, aus den vom Finanzsenator veröffentlichten **Haushaltüberschüssen** von über **2 Milliarden Euro** keine Rücklage für die verfassungsgemäße Bezahlung der Beamtinnen und Beamten in der A-Besoldung zurückzulegen.

Wir erwarten aber gleichwohl, dass der Senat bei einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wie andere Bundesländer auch, für alle Beamtinnen und Beamten eine rückwirkende Regelung trifft, die dann auch für die Pensionäre gelten muss.

Der **dbb berlin** hat als Dachverband in seiner Stellungnahme Ende August eine gleichlautende Forderung aufgestellt. „Der **dbb beamtenbund** und **tarifunion berlin** und die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin in der A-Besoldung erwarten, dass sich der Koalitionsausschuss von **SPD, Die Linke und Bündnis 90 / Die Grünen** mit den Hinweisen des Bundesverfassungsgerichtes in seiner Entscheidung zur Richter-Besoldung befasst und dafür sorgt, dass alle Beamtinnen und Beamten in Berlin endlich ihre verfassungsgemäße Besoldung erhalten“, fordert **dbb Landeschef, Frank Becker**.

Anlässlich des von Finanzsenator **Daniel Wesener** in der Pressekonferenz am 23. August 2022 vorgestellten Statusberichtes zum Berliner Landeshaushalt mit einem Überschuss von 2 Milliarden Euro sagte **SPD-Fraktionsvorsitzender Raed Saleh**: „Diese Mehreinnahmen müssen zum Teil zur Entlastung der Bevölkerung zurückgegeben werden. Darüber werden wir auf Berliner Ebene auch im Koalitionsausschuss mit **Linken** und **Grünen** diskutieren.“

HINWEIS

Der **BSBD Berlin** empfiehlt daher weiterhin, schriftlich gegen die Besoldung für 2022 bei der jeweiligen Dienststelle Widerspruch einzulegen

dbb berlin informiert:

Frauen im Mutterschutz – Benachteiligung aufgehoben

Eine Regelung im TVL, die schwangere Frauen im öffentlichen Dienst benachteiligt, ist erfreulich schnell uminterpretiert worden.

Wie die Senatsverwaltung für Finanzen per Rundschreiben mitteilte, werden auch Zeiten von Beschäftigungsverboten als Anrechnungszeiten für die nächste Gehaltsstufe berücksichtigt. Der **dbb berlin** hatte kritisiert, dass im **Tarifvertrag deutscher Länder (TVL)** die Anrechnung zwar bei kranken Beschäftigten vorgesehen ist,

dass schwangere Frauen aber außen vor bleiben. Jetzt wird die Tarifnorm in Abstimmung mit der Tarifgemeinschaft der Länder unabhängig vom Wortlaut so ausgelegt, dass sie auch Beschäftigungsverbote außerhalb der Schutzfristen vor und nach der Entbindung erfasst.

Benachteiligung wird rückwirkend geändert

Der **dbb berlin** begrüßt es, dass die Nichtberücksichtigung dieser Zeiten, die eine unzulässige Benachteiligung

von Frauen darstellt, rückwirkend beseitigt wird. Damit wird verhindert, dass die betroffenen Mütter die nächste Entgeltstufe später erreichen, Geld verlieren und auch bei der Rente Nachteile haben. Für **Synnöve Nüchter**, Tarifexpertin und stellvertretende Vorsitzende des **dbb berlin**, geht die jetzige Regelung allerdings nicht weit genug: „Bei der nächsten Tarifpflege des TVL muss Berlin auf eine Korrektur im Tarifvertrag drängen. Eine ‚andere Auslegung‘ ist zwar gut und schön, aber nicht dauerhaft rechtsverbindlich.“

Personalrätekonferenz: BSBD Berlin gut vertreten

Gewalttaten verfolgen und Betroffene schützen



Kolleginnen und Kollegen des BSBD Berlin.

Die diesjährige Betriebs- und Personalrätekonferenz des dbb beamtenbund und tarifunion berlin stand ganz unter der aktuellen Debatte über das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Zu Beginn überbrachte die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, **Franziska Giffey**, per Videobotschaft ihre Grüße und unterstützte die Personalräte des **dbb berlin**, keine Gewalt hinzunehmen und zu akzeptieren.

Dies unterstützte die Haltung der Anwesenden, besonders der fast 30 Vertreter/innen aus dem **BSBD Berlin**, die jeden Tag psychische und auch physische Gewalt erleiden.

Der **BSBD Berlin** setzt sich massiv für die Einhaltung der Dienst- und Sicherheitsvorschriften ein, die in allen Anstalten nach Information des **BSBD**



Fotos (3): BSBD Berlin

Holger Oesten, stellv. Landesvorsitzender BSBD Berlin.

Berlin unterlaufen werden. Grenzen gegenüber den Inhaftierten werden nur noch halbherzig umgesetzt oder mit den Worten „Sie wissen ja, wo sie arbeiten“ abgetan.

Daher unterstützt der **BSBD Berlin** die Initiative des **dbb berlin**, des **DGB** und des **HPR** um in Zukunft mit entsprechenden Regelungen Gewalt nicht nur zu verhindern, sondern auch Gewalttaten zu verfolgen und vor allem Betroffene zu schützen und zu begleiten, um entsprechende Vorfälle aufzuarbeiten.

Der **dbb Landeschef Frank Becker** führte in das Thema ein. Er verwies auf die durch den **dbb berlin** initiierte Grundsatzklärung „Gewalt gegen Beschäftigte“, die der Senat und auch der **DGB Berlin-Brandenburg** im Juni 2021 unterzeichneten. Nunmehr, so **Becker**, müsse diese Grundsatzklärung mit Inhalten gefüllt werden.

Im ersten Vortrag ging die Vorsitzende des Hauptpersonalrates des Landes Berlin, **Daniela Ortmann**, auf die Entwicklung und den aktuellen Stand bei der Erstellung einer Rahmendienstvereinbarung ein. Die Personalvertreter/innen des **BSBD Berlin** begrüßten vor allem den Vortrag und wünschten sich mehr Sensibilität der Führungskräfte bei dem Thema Gewalt.

Dr. Saskia Etzold informierte über die Gewaltschutzambulanz

Aus Sicht des **BSBD Berlin** war besonders der Vortrag der Leiterin der **Gewaltschutzambulanz der Charité**, Frau **Dr. Saskia Etzold**, von großem Interesse. Sie stellte ihre Einrichtung vor und informierte über die Aufgaben und Möglichkeiten bei der Dokumentation von Verletzungen, die bei Übergriffen erfolgen. Die Einrichtung der **Charité** erstellt eine kostenlose rechtsmedizinische Dokumentation der Verletzungen. Diese ist gerichtsfest, falls es später zu einem Strafverfahren kommt.

Daher bittet der **BSBD Berlin** nach Gewaltvorfällen, **IMMER** einen Termin bei der **Gewaltschutzambulanz** zu vereinbaren.

Weitere Referenten waren der Leiter des schulischen Anti-Gewalt Projekt in Berlin (**MANEO**), **Bastian Finke**, der anhand von Zahlen und Fakten die Arbeit von **MANEO** vorstellte und **Hardy Telge** vom Landeskriminalamt, der über ihre Seminare zum Thema Verhaltensorientierte Gewaltprävention berichtete.



Kolleginnen und Kollegen des BSBD Berlin.

BSBD Berlin – wir sind bunter als gedacht

Gelegenheit für Gespräche mit der Politikprominenz am dbb Infostand



Endlich wieder „Motzstraßenfest“, so hat der dbb berlin seine 10-jährige Teilnahme am Motzstraßenfest gefeiert.

Nach zwei Jahren Coronapause war es wieder so weit: Das Berliner schwules lesbische Stadtfest konnte am 16. und 17. Juni endlich wieder steigen – selbstverständlich unter Beteiligung des **dbb berlin** und seiner Fachgewerkschaften, die in der sogenannten Politikwelt mit einem brandneuen Flyer über ihr mittlerweile zehnjähriges queeres Engagement informierten. Als Fachgewerkschaft des **dbb berlin** hat sich auch der

BSBD Berlin wieder an dem gemeinsamen Informationsstand beteiligt und öffentlich gezeigt, dass wir bunter und vielfältiger sind, als man dem verstaubten Justizvollzug zutrauen.

„In vielen Gesprächen haben wir unsere Arbeit im Justizvollzug erklären und auch aufklären können. Nachdem neben der Berliner Polizei auch die Berliner Feuerwehr mit einem eigenen Stand vor Ort war, geben wir die Hoffnung nicht auf, dass im nächsten Jahr auch die Berliner Justiz ebenfalls präsent ist“ äußerte sich der Landeschef des **BSBD Berlin** zu den zwei Tagen!

Neben den vielen Besuchern fanden die Vertreter des **BSBD Berlin** auch Zeit, mit der Politikprominenz am **dbb Infostand** zu unterhalten. Am **dbb Stand** gaben sich unter anderem der für das Personal Dienst zuständige Finanzsenator **Daniel Wesener**, Umweltsenatorin und Bürgermeisterin **Bettina Jarasch** sowie Justizsenatorin **Lena Kreck**, die auch für Vielfalt und Antidiskriminierung zuständig ist, ein Stelldichein.

Auch aus dem Parlament waren u.a. der Fraktionsvorsitzende der **Linken**, **Carsten Schatz**, und der Abgeordnete **Holger Krestel (FDP)** vor Ort! ■

Finden und Binden

Werbekampagne „Voll Deins“ ist eine sinnvolle Werbemaßnahme

Wer heutzutage neues Personal an sich binden will, muss entweder einen sehr attraktiven Job oder viel Geld anbieten. Beides kann der Berliner Justizvollzug nicht unbedingt bereitstellen.

Hinzukommt, dass eben nicht erst seit gestern sich der Arbeitsmarkt, auf dem der Arbeitgeber die Leistung bestimmt, verändert hat. Nunmehr sind es die Bewerber/innen, die sich genau überlegen, was ihnen gefällt und ob ihnen das reicht, was ihnen geboten wird.

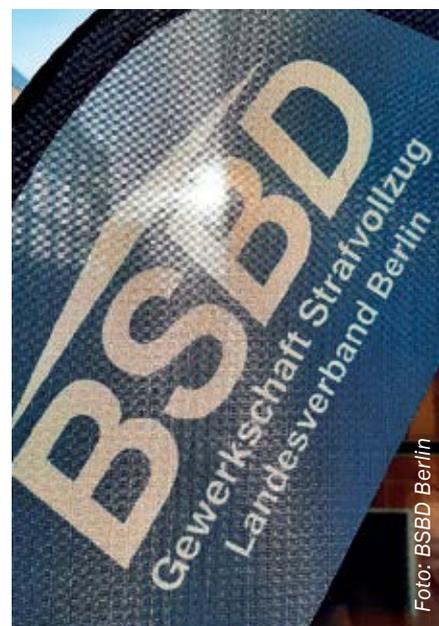
Und dass sich im Zeichen von Digitalisierung die Arbeitswelt verändert hat, wurde spätestens durch Corona jedem bewusst.

Schwierig wird es für die Arbeitgeber, die Leistungen am Menschen erbringen: Sie waren auch in der Vergangenheit kein Speerspitze der positiven Arbeitswelt.

Und dann kommt plötzlich der demografische Wandel, dessen Erscheinen seit mehr als 30 Jahren feststeht (Geburtenraten und die statistische

Lebenserwartung) und stellt gerade die öffentlichen Arbeitgeber vor völlig neue Probleme. Der Kampf zwischen Bund und Land, die freie Wirtschaft gegen den öffentlichen Dienst, Verwaltung gegen Technik usw. ist längst eröffnet. Verlieren werden die Arbeitgeber, die zu schwerfällig mit ihren Entscheidungen sind und zu lange benötigen, um sich anzupassen. Das hat auch wenig mit dem angeblich verstaubten Berufsbeamtentum oder mit alten hergebrachten Grundsätzen zu tun. Wer sich auskennt weiß, dass es fast nichts Flexibleres gibt als das Berufsbeamtentum.

Sicherlich muss vieles durch die Politik und Verwaltungsspitze entschieden werden. Aber genau das ist das eigentliche Problem. Während in der freien Wirtschaft die Anpassung an Veränderungen am Markt zügig voranschreiten, muss im öffentlichen Dienst erst die Vorlage erarbeitet werden, die Rechtsgrundlage in Ruhe geprüft werden, um dann eine Entscheidung zu treffen, die meistens zu spät kommt.



So lassen sich aber im 21. Jahrhundert die zukünftigen Personalprobleme des öffentlichen Dienstes, geschweige die des Justizvollzuges nicht lösen.

Es bedarf jetzt schneller, ganz konkreter Regelungen und Maßnahmen um das auf uns zukommende Personaldesaster und damit den Verwahrvollzug zu verhindern. Der **BSBD Ber-**

lin begrüßt daher, die in diesem Jahr durch die Senatsverwaltung für Justiz erarbeiteten Ideen und Maßnahmen um für Abhilfe zu schaffen.

Auch die neue Werbekampagne „Voll Deins“ ist hier sinnvoll und bisher das Beste, was der Berliner Justizvollzug als Werbemaßnahme zu bieten hat.

An dieser Stelle mal ein Lob an alle Kolleginnen und Kollegen, die daran vor und hinter der Kamera beteiligt waren und sind! Gerade das Engagement, das viele Kolleginnen und Kollegen jeden Tag mit einbringen, ist eine unserer Stärken.

Allerdings sieht der **BSBD Berlin** in den bisher erarbeiteten Vorschlägen zwei Probleme, die nicht gelöst werden:

1. Maßnahmen, die die Berufsbilder im Justizvollzug finanziell verbessern, wurden nach hinten geschoben.
2. Es fehlt eine Imagekampagne, um auf die wichtigen Berufe im Justizvollzug aufmerksam zu machen.

Beides hat der **BSBD Berlin** seit vielen Jahren immer wieder vorgeschlagen und zu jedem Regierungswechsel gebetsmühlenartig eingefordert.

Als wichtige Anreize, um die Berufsbilder im Justizvollzug dauerhaft zu stärken hält der **BSBD Berlin** die folgenden Maßnahmen für dringend notwendig:

- Anpassung der Vollzugszulage und der Schicht- und Wechseldienstzulagen sowie der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten an die des Bundes! Hierzu gehört auch die Wiedereinführung der Versorgungsfähigkeit der Justizvollzugszulage.
- Evaluation des Laufbahnrechts, insb. der Regelungen für die Anerkennung von Vordienstzeiten / vorberuflichen Zeiten, der Einführung des gehobenen Justizvollzugsdienstes, klare Regelungen für den Aufstieg in den gehobenen Dienst für alle Laufbahnen inkl. der Anerkennung der Meistertitel im Werkdienst. Dazu gehört auch eine Überprüfung der Stellen im Rahmen der Stellenbewertung.
- Wegfall der Erfahrungsstufe 1 und Einführung der Erfahrungsstufe 9 und 10 (vor allem im Zusammenhang mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit).
- Stärkung der Aus- und Fortbildung, um den Veränderungen im beruflichen Alltag durch Qualifizierung den Anforderungen gerecht zu werden.

Wir bleiben für Euch am Ball – Nähe ist unsere Stärke

BSBD Berlin befürchtet Verwahrlozung

Der **BSBD Berlin** hält die bisherigen Maßnahmen des Berliner Senats zur Nachwuchsgewinnung für **unzureichend** und fordert endlich wirksame finanzielle Anreize, um ein Abgleiten in einen reinen Verwahrlozung wegen Personalnot zu verhindern.

Zwar habe die Werbekampagne „Arbeiten im Justizvollzug #volldeins“, wie es in einer Antwort der Senatsverwaltung für Justiz auf eine parlamentarische Anfrage heißt, zu erhöhter Aufmerksamkeit für den Justizvollzugsdienst, nicht aber zu der erwünschten Personalverstärkung geführt. Bewerber und Anwärter erkennen sehr schnell, wie früh ihre berufliche Zukunft endet, nennt der **BSBD Berlin** einen der Hauptgründe für die andauernde Misere, die sich aufgrund von Altersabgängen bis 2030 noch deutlich verschärfen wird.

Denn bis zu diesem Zeitpunkt werden fast ein Drittel der Beschäftigten des Justizvollzugs ausscheiden.

Für den **BSBD Berlin** ist es deshalb unabdingbar, sehr schnell eine Arbeitsgruppe zu installieren, die endlich auch finanzielle Anreize für eine Tätigkeit im Justizvollzug auslotet und entspre-

Politischer Gedankenaustausch

Auch in diesem Jahr hat der **dbb berlin** zu seinem inzwischen 6. **Parlamentarischen Frühschoppen** eingeladen, zu dem auch der neue **Parlamentspräsident Dennis Buchwieder** die Schirmherrschaft übernommen hat.

Etwa 120 Gäste aus Parlament, Verwaltung, aus der Stadtgesellschaft und aus den Gremien des **dbb beamtenbund** und **tarifunion** kamen zum 6. **Parlamentarischen Frühschoppen** zusammen, um sich in zwangloser Atmosphäre auszutauschen.

„Das Format des Parlamentarischen Frühschoppens hat sich für den **dbb beamtenbund** und **tarifunion berlin** als Veranstaltung zur Kontaktpflege und des gegenseitigen Kennenlerns bewährt. Wir freuen uns, dass wir immer mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik und Verwaltung begrüßen können“, bewertet der **dbb** Landeschef **Frank Becker** die Veranstaltung. Für den **BSBD Berlin** haben der Landesvor-

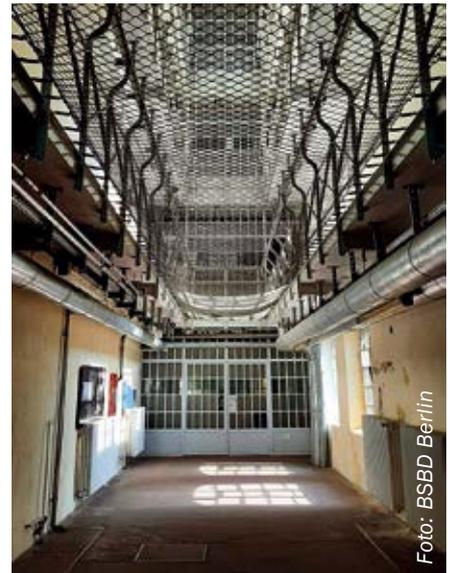


Foto: BSBD Berlin

chende Konzepte erarbeitet. Zu diesen Anreizen sollte die Durchlässigkeit der Laufbahn vom einfachen bis in den gehobenen Dienst ebenso zählen wie eine weitgehende Anerkennung vorberuflicher Zeiten und der Wegfall der Erfahrungsstufen 1 beziehungsweise die Einführung der Erfahrungsstufen 9 und 10. Als weitere Maßnahmen fordert der **BSBD** die Ruhegehaltfähigkeit der Justizvollzugszulage, die Erhöhung der Anwärtersonderzulage auf 70 Prozent, ein Eingangsamt A8 sowie die Einführung eines gehobenen Justizvollzugsdienstes und die Überprüfung der Stellenbewertung im Justizvollzug.



Foto: BSBD Berlin

(v.l.n.r.)
Thomas Goiny,
Daniel Wesener,
Silke Jonas.

sitzende **Tomas Goiny** und die stellvertretende Landesvorsitzende **Silke Jonas** teilgenommen und die Gelegenheit genutzt, um mit den verschiedensten Vertretern/innen die Situation im Justizvollzug zu erörtern.